

BESCHLUSSVORLAGE	
V0521/25 öffentlich	Werkleiter Jochen Bocklet und Dr. Andreas Tiete, MBA
	Telefon 880-10 01
	Telefax 880-6610 01
	E-Mail melanie.roithmaier@klinikum-ingolstadt.de
	Datum 15.07.2025

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Krankenhauszweckverband, Verbandsversammlung	31.07.2024	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Feststellung des Jahresabschlusses 2024 des Krankenhauszweckverbandes und Entlastung

Antrag:

Die Zweckverbandsversammlung wolle entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt beschließen:

1. Der geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss und der Lagebericht des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt für das Geschäftsjahr 2024 wird festgestellt; die aufgetretenen Planabweichungen werden genehmigt.
2. Der Jahresfehlbetrag von EUR 4.785.985,87 wird zusammen mit dem Gewinnvortrag von EUR 5.557.241,95 verrechnet und den sich hieraus ergebenden Bilanzgewinn von EUR 771.256,08 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Für das Haushaltsjahr 2024 wird Entlastung erteilt.
4. Für nicht ausgeschöpfte Investitionsmittel von TEUR 1.194 erfolgt ein Übertrag auf 2025.


Jochen Bocklet
Werkleiter


Dr. Andreas Tiete, MBA
Werkleiter

Sachvortrag:

Dem Rechnungsprüfungsausschuss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt obliegt die örtliche Rechnungsprüfung. Entsprechend § 3 Abs. 2 der Rechnungsprüfungsordnung des KhZVI baut die Prüfung auf den Ergebnissen der vorangegangenen Abschlussprüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer auf.

Der Jahresabschluss des KhZVI für das Jahr 2023 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, München, geprüft und am 15.07.2025 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung erstreckte sich ebenfalls auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz. Der Prüfungsbericht wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt.

Die Werkleitung des Krankenhauszweckverbandes hat dem Rechnungsprüfungsausschuss ferner einen Bericht über die Abwicklung des Wirtschaftsplanes sowie zur Vermögens- und Finanzlage vorgelegt.

Das Beteiligungsmanagement legte darüber hinaus den Entwurf des Beteiligungsberichts 2025 vor, der einen Überblick über die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Beteiligungsunternehmen des Krankenhauszweckverbandes gibt.

Die Feststellung des Jahresabschlusses (einschl. des Lageberichts 2024) und die Entlastung der Werkleitung, die erst nach der örtlichen Rechnungsprüfung erfolgen kann, bedürfen der Beschlussfassung durch die Zweckverbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes.

Nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung auf der Grundlage der vorgelegten Unterlagen und unter Würdigung der vom Abschlussprüfer und vom Beteiligungsmanagement erteilten Auskünfte gab der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner Sitzung am 23.07.2024 seine Empfehlung an die Zweckverbandsversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses, der Ergebnisverwendung und zur Entlastung.

Anlage

Jahresabschluss und Lagebericht 2024 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt

Testatsexemplar

Krankenhauszweckverband Ingolstadt
Ingolstadt

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2024.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024.....	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2024.....	7
Anlagenspiegel.....	17
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

RAHMENBEDINGUNGEN UND GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt, gegründet im November 1981, dient ausschließlich und unmittelbar der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Zu seinen Aufgaben zählt:

- die unentgeltliche Überlassung von Grund und Boden an die Klinikum Ingolstadt GmbH
- die Verwaltung und der Betrieb des Berufsbildungszentrums (BBZ) über 8 genehmigte Berufsfachschulen mit 645 Ausbildungsplätzen; davon entfallen 40 Ausbildungsplätze auf die Krankenpflegehilfe.
- die Vermietung des Geriatrie- und Rehabilitationszentrums und des neuen Pflegeheims in der Krumenauerstraße 27 am Klinikum Ingolstadt
- die Verwaltung und Betreuung des Wohnungsbestandes

Zum 1. Januar 2005 wurde der Klinikbetrieb, die Entwöhnungseinrichtung und die Seniorenwohnanlage „Betreutes Wohnen“ mit den Bauten auf die neu gegründete Klinikum Ingolstadt GmbH gegen Gewährung sämtlicher Gesellschaftsrechte ausgegliedert. Das Pflegeheim Sebastianstraße wurde nach seiner Ausgliederung in die Klinikum Ingolstadt GmbH zum 1. Januar 2007 auf deren neu gegründete Tochtergesellschaft die Alten- und Pflegeheim GmbH übertragen.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hält 100 % der Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH, die im Rahmen der Ausgliederung des Klinikbetriebes und des Pflegeheimes im Jahre 2005 gegründet wurde. Der Grundbesitz verblieb beim Krankenhauszweckverband und wird seither unentgeltlich überlassen. Dies gilt auch für die im Jahr 2010 vom Krankenhauszweckverband erworbene ehemalige Privat-Klinik Dr. Reiser im Süden Ingolstadts.

Das auf dem Gelände des Klinikums 2005 errichtete Reha- und Geriatriegebäude mit 68 Betten wird vom Krankenhauszweckverband vermietet. Der Betrieb des Geriatriezentrum Neuburg auf zwei Stationen wurde zum 30.04.2024 eingestellt und der Mietvertrag zum 31.07.2024 beendet. Die freigewordenen Räumlichkeiten wurden ab dem 01.08.2024 an das Reha-Zentrum-Ingolstadt vermietet. Hiermit konnte das Angebot des Reha-Zentrum-Ingolstadt mit zusätzlichen Behandlungsplätzen für die stationäre neurologische Rehabilitation erweitert werden.

Gemeinsam mit der Heilig-Geist-Spital-Stiftung errichtete der Krankenhauszweckverband am Klinikum ein neues Pflegeheim mit 180 Plätzen, das im Herbst 2013 in Betrieb ging. Im Teileigentum des Krankenhauszweckverbandes stehen 100 Plätze. Zins- und abschreibungsdeckend sind 80 Plätze an die Alten- und Pflegeheim GmbH zum Betrieb des psychiatrischen Langzeitbereichs und der psychiatrischen Eingliederungshilfe vermietet. Weitere 20 Plätze wurden an die Klinikum Ingolstadt GmbH für den Betrieb der Entwöhnungseinrichtung vermietet; am 1. Mai 2020 wurde der Betrieb eingestellt. Die Räume werden seither vom Zentrum für Psychische Gesundheit entgeltlich genutzt.

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD UND ENTWICKLUNG IN DER BRANCHE

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis Nr. 19 vom 15.01.2025) um 0,2 % niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung ebenfalls 0,2 %. "Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege", sagte Ruth Brand bei der Pressekonferenz "Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland" in Berlin. "Dazu zählen zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe

Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten. In diesem Umfeld schrumpfte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 erneut", so Brand weiter.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung sank im Jahr 2024 insgesamt um 0,4 % gegenüber dem Jahr 2023. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich im Vorjahresvergleich insgesamt positiv. Die vom Staat geprägten Wirtschaftsbereiche konnten Zuwächse verzeichnen. Neben der öffentlichen Verwaltung selbst wuchsen auch die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Gesundheitswesen weiter.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2024 von durchschnittlich 46,1 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 0,2 % oder 72.000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit verlor aber deutlich an Dynamik und kam gegen Ende des Jahres 2024 zum Erliegen. Der Beschäftigungsaufbau fand im Jahr 2024 ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt, vor allem im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe sank dagegen.

Das Finanzierungsdefizit des Staates liegt im Jahr 2024 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis Nr. 070 vom 25.02.2025) bei 118,8 Milliarden Euro. Damit fiel das Defizit um 15,0 Milliarden Euro höher aus als im Vorjahr, da die Ausgaben des Staates mit +5,3 % auf 2.131,6 Milliarden Euro stärker stiegen als die Einnahmen mit +4,8 % auf 2.012,9 Milliarden Euro.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2024 eine Defizitquote von 2,8 %.

Mit 62,3 Milliarden Euro entfiel gut die Hälfte des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits im Jahr 2024 auf den Bund. Allerdings konnte der Bund sein Finanzierungsdefizit damit gegenüber dem Vorjahr um 30,5 Milliarden Euro verringern. Bei Ländern und Gemeinden gab es hingegen deutliche Defizitzuwächse: Das Defizit der Länder verdreifachte sich im Vorjahresvergleich auf 27,3 Milliarden Euro (2023: 9,0 Milliarden Euro). Das Defizit der Gemeinden erhöhte sich um 7,6 Milliarden Euro auf 18,6 Milliarden Euro. Die Sozialversicherung wies im Jahr 2024 ein Finanzierungsdefizit von 10,6 Milliarden Euro auf, nachdem sie 2023 noch einen Überschuss von 9,0 Milliarden Euro erreicht hatte. Damit verzeichneten erstmals seit dem Jahr 2009 alle vier Teilsektoren des Staates ein Finanzierungsdefizit.

Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2024 um 24,2 % höher als im Vorjahr. Die monetären Sozialleistungen stiegen um 7,0 %. Dies resultierte in erster Linie aus höheren Ausgaben für Renten und Pensionen. Erheblich mehr wurde auch für das Pflegegeld und für das Bürgergeld ausgegeben. Die sozialen Sachleistungen nahmen um 8,0 % zu. Dies lag unter anderem an Mehrausgaben für Krankenhausbehandlungen, Medikamente und Pflege sowie an höheren Ausgaben in den Bereichen der Jugend-, Eingliederungs- und Sozialhilfe. Dagegen sanken die Subventionen um 35,6 %, weil die Entlastungsmaßnahmen (Energiepreisbremsen) für hohe Energiepreise Ende 2023 endeten.

Seit dem 1. Januar 2020 erfolgt die Pflegeausbildung auf Grundlage des Pflegeberufgesetzes. Die bis dahin getrennten Berufe der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege wurden in einer generalistischen Pflegeausbildung mit dem umfassenden Berufsabschluss Pflegefachfrau und Pflegefachmann verbunden. Das Krankenpflegegesetz und das Altenpflegegesetz sind zum 31. Dezember 2019 außer Kraft getreten. Übergangsweise konnten auf dieser Grundlage begonnene Ausbildungen noch bis zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen werden.

Zum Jahresende 2024 befanden sich nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis – Pressemitteilung Nr. 099 vom 18.03.2025) insgesamt 147.100 Personen in einer Ausbildung zur Pflegefachfrau beziehungsweise zum Pflegefachmann. Damit hat sich die Zahl der Auszubildenden in der Pflege gegenüber dem Jahresende 2023 (146.900 Pflegeauszubildende) kaum verändert. Allerdings stieg die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2024 gegenüber dem Vorjahr um 9 % oder 5.100 auf rund 59.500 Neuverträge.

Während die Zahl der weiblichen Auszubildenden im Jahr 2024 leicht um 1 % oder 1.200 auf 108.700 abnahm (2023: 109.900), stieg die Zahl der männlichen Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr um 4 % oder 1.400 auf 38.400. Somit waren immer noch 74 % der Pflegeauszubildenden Frauen. Im Jahr

2020, dem Einführungsjahr der generalistischen Pflegeausbildung, hatte der Frauenanteil bei 76 % gelegen. Damit blieb die Geschlechterverteilung seit der Einführung der neuen Pflegeausbildung weitestgehend konstant.

GESCHÄFTSVERLAUF

Die Anmeldungen für die Ausbildung in den Gesundheits- und Pflegeberufen sind aktuell auf einem konstant guten Niveau. Für die Ausbildung zur Pflegefachfrau / zum Pflegefachmann ab Herbst 2025 haben die Bewerberzahlen zugenommen. Die ergriffenen Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzuwirken, wurden fortgesetzt. Gespräche zu hochschulischen Kooperationen, intensive Werbung auf Ausbildungsmessen, auf Social-Media-Kanälen und Informationsveranstaltungen der allgemeinbildenden Schulen wurden weitergeführt und verstärkt.

Im Jahr 2024 waren 480 von 645 Ausbildungsplätzen besetzt. Die Belegung der genehmigten Plätze bleibt weiter auf niedrigem Niveau. Die meisten freien Plätze befanden sich in der Berufsfachschule für Krankenpflege (99).

Leistungsdaten					
Ausbildung	Plätze	2024 besetzt	2023 besetzt	Veränderung	
Operations - und Anästhesietechnische Assistenten	78	59	44	15	34,1%
Hebammen (inkl. Hebammenstudierende)	32	30	44	-14	-31,8%
Krankenpflege	240	141	144	-3	-2,1%
Krankenpflegehilfe	40	26	28	-2	-7,1%
Radiologieassistenten	60	46	49	-3	-6,1%
Physiotherapie	90	80	79	1	1,3%
Ergotherapie	60	57	53	4	7,5%
Logopädie	45	41	39	2	5,1%
	645	480	480	0	0,0%

In der Hebammenschule konnten durch die Akademisierung der Ausbildung lediglich bis zum Ausbildungsbeginn 2022 Schülerinnen aufgenommen werden. Der Schulbetrieb in dieser Fachschaft endet am 30.09.2025. Für die Hebammenstudierenden findet die theoretische Ausbildung in der Hochschule statt, die Praxisinhalte werden in kooperierenden Kliniken vermittelt.

Die neue Ausbildung für Operations- und Anästhesietechnische Assistenten (OTA/ATA-Ausbildung) hat im September 2022 begonnen. Die bisherige theoretische Ausbildung für Operationstechnische Assistenten nach den DKG-Richtlinien für die Klinikum GmbH ist letztmalig im Oktober 2021 gestartet und hat im Herbst 2024 geendet.

Auch mit In-Kraft-Treten des neuen Pflegeberufegesetzes, das erstmals im Schuljahr 2020/21 umgesetzt wurde, werden die bestehenden Kooperationen mit den Kliniken Eichstätt und Kösching fortgesetzt. Diese finden, wie auch bei den weiteren Kooperationspartnern, Klinikum Ingolstadt GmbH, Diakonisches Werk Ingolstadt, Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, Heilig-Geist-Spitalstiftung, Ambulanter Pflegedienst Ingolstadt GmbH, Privater sozialer Pflegedienst Ponzer, Alloheim Senioren-Residenzen Vierte SE & Co. KG, im Rahmen eines Ausbildungsverbundes statt. Dazu wurde ein entsprechender Kooperationsvertrag geschlossen, der zum Schuljahr 2020/2021 in Kraft getreten ist.

Ebenso wird die Kooperation bei der Ausbildung von Pflegefachhelfern mit den Kliniken Eichstätt, Kösching und Kipfenberg weitergeführt. Bei den Kooperationen werden die Auszubildenden für den theoretischen und praktischen Unterricht an unseren Schulen unterrichtet, die praktische Ausbildung wird in den jeweiligen Krankenhäusern absolviert. Von den insgesamt 40 Plätzen sind jeweils 20 für den Ausbildungsstart im April und September vorgesehen.

Das Berufsbildungszentrum Gesundheit des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt nimmt bereits seit dem Schuljahr 2016/17 an einem Schulversuch mit einer Klasse für Asylbewerber und Flüchtlinge teil. Von den jeweils 20 Schülerinnen und Schülern, die am diesjährigen Schuljahresanfang gestartet sind (von ca. 40 Bewerbungen), sind derzeit noch alle in der Klasse. Aufgrund deren Geeignetheit sind für den Ausbildungsstart zum Pflegefachhelfer im September 2025 ca. 2 bis 3 Schüler aus der Pflegehelfervorklasse vorgesehen.

Für das Schuljahr 2025/2026 wurde per Antrag an die Regierung von Oberbayern die Fortsetzung des Schulversuchs initiiert. Der Bescheid der Regierung von Oberbayern steht noch aus. Dazu liegen bereits vereinzelt Bewerbungen von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Personen mit Migrationshintergrund vor, die eine pflegerische Ausbildung beginnen möchten.

Bei den Vermietungen gab es im Jahr 2024 einen Mieterwechsel im Reha- und Geriatriegebäude zum 01.08.2024, die sonstigen Vermietungen konnten unverändert vollumfänglich fortgeführt werden.

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 4,8 Mio. EUR. Er enthält mit 28,6 Mio. EUR erstmals den Ausgleich des Verlustes bei der Klinikum Ingolstadt GmbH, für den die Träger eine Betriebsumlage von 23,0 Mio. EUR leisteten. Der nicht durch die Betriebsumlage gedeckte Verlustanteil von 5,6 Mio. EUR wird aus dem bestehenden Gewinnvortrag gedeckt.

Aus dem Geschäftsbetrieb wurde ein erwarteter Überschuss von 0,8 Mio. EUR erzielt.

Die Betriebsleistung liegt mit 10,2 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR unter Plan aufgrund geringerer Zuweisungen für Lehrpersonal. Auch der Betriebsaufwand fällt mit 9,7 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR geringer aus, im Wesentlichen blieben die Personalaufwendungen mit 6,3 Mio. EUR um 0,6 Mio. EUR unter Plan; der Personaleinsatz lag um 12,8 Vollkräfte unter Plan und auch die Pensions-/Beihilferückstellungen wurden aufwandsentlastend abgestockt. Gegenläufig wirken ungeplante Aufwendungen aus dem Abgang der Medientechnik in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Das Zinsergebnis liegt mit 0,3 Mio. EUR um 0,1 Mio. EUR über Plan, aufgrund zinssatzbedingt höherer Zinserträge aus Darlehensgewährungen an die Klinikum Ingolstadt GmbH.

Das vorgesehene Investitionsbudget für die Ausstattung des medizinischen Schulzentrums und Modernisierungsmaßnahmen von insgesamt 0,7 Mio. EUR wurde mit 0,5 Mio. EUR in Anspruch genommen.

LAGE DES UNTERNEHMENS

Ertragslage

Die betrieblichen Erträge liegen mit TEUR 10.171 um TEUR 444 über dem Vorjahreswert.

Die Erträge für den Schul- und Bildungsbetrieb sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um TEUR 281 auf TEUR 5.906 gestiegen. Die Erstattungen aus dem Pflegeausbildungsfonds sind um TEUR 131 auf TEUR 1.795 und die Zuweisungen der Klinikum Ingolstadt GmbH aus dem Ausbildungsbudget um TEUR 161 auf TEUR 2.717 angewachsen. Die Gastschulbeiträgen sind um TEUR 5 auf TEUR 399 gestiegen. Gesunken hingegen sind die Erstattungen für Lehrpersonal und Material um TEUR 16 auf TEUR 995.

Die Mieteinnahmen stiegen wegen Mietpreiserhöhungen um TEUR 43 auf TEUR 1.814.

Die Erträge aus Personalkostenerstattungen und Dienstleistungen an die Tochterunternehmen sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 12 auf TEUR 1.845 gestiegen.

Periodenfremde Erträge, insbesondere für die Nachzahlung der Lehrpersonalzuschüsse für das Vorjahr, fielen in Höhe von TEUR 313 an (Vorjahr TEUR 275). Die Erträge aus Rückstellungsaufösungen betragen TEUR 10 (Vorjahr TEUR 27).

Die übrigen Erträge liegen mit TEUR 279 um TEUR 83 über dem Vorjahr. Enthalten ist die Weiterverrechnung der Kosten der OTA-ATA-Ausbildung für die externen Schüler.

Der Betriebsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 286 auf TEUR 9.703.

Die Personalkosten sanken dabei um TEUR 240 auf TEUR 6.314. Sie beinhalten im Jahr 2024 einen Ertrag von TEUR 243 (Vorjahr Aufwand TEUR 551) aus der Entwicklung der Pensionsrückstellungen. Die Verringerung im Jahr 2024 ist auf die Anpassung der Orts- und Familienzuschläge sowie auf die Auswirkung der Ruhestandsversetzungen zurückzuführen. Unter Eliminierung dieses Effektes ist ein Anstieg der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr um TEUR 554 (9,2 %) auf TEUR 6.557 zu verzeichnen; bei 0,4 weniger beschäftigten Vollkräften ergibt sich der Anstieg aus den tariflichen Entgeltsteigerungen und der Erhöhung der Umlage an den Versorgungsverband.

Erfolgsplan	Ist 2024 TEUR	Ist 2023 TEUR	Veränderung zum Vorjahr TEUR
Personalaufwand	6.314	6.554	-240
Vollkräfte	55,14	55,56	-0,42
Löhne und Gehälter	4.394	4.209	185
Sozialabgaben	658	617	41
Altersversorgung	1.076	1.483	-407
Beihilfe	92	154	-62
sonst. Personalaufwendungen	94	91	3

Dienstgruppe	Ist 2024 VK	Ist 2023 VK	Veränderung zum Vorjahr
02 Med.-Techn.-Dienst	0,50	1,42	-0,92
07 Verwaltungsdienst	7,81	7,79	0,02
<i>davon Werkleitung</i>	2,00	2,00	0,00
<i>davon Innenrevision und zugew. Beamte</i>	1,60	1,60	0,00
10 Personal d. Ausbildungsstätten	46,83	46,35	0,48
Summe KhZVI	55,14	55,56	-0,42

Die VK-Reduktion im Med.-techn. Dienst ist auf die Ruhestandsversetzung von Beamten zurückzuführen. Der Anstieg bei den Lehrkräften ist im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Bedarf im Bereich der allgemeinen Lehrkräfte zu sehen.

Der Aufwendungen für den Energie- und Wasserbezug mit TEUR 278 sind preisbedingt um TEUR 29 angestiegen. Die bezogenen Leistungen sind um TEUR 3 auf TEUR 255 gestiegen.

Die Abschreibungen (TEUR 1.060) stiegen nach Abzug der Auflösung der Sonderposten aus Fördermitteln (TEUR 339) um TEUR 31.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um TEUR 462 auf TEUR 2.133 angestiegen.

Die Kosten für den Lehrbetrieb, die die Vergütung der nebenamtlichen Lehrkräfte und die Sachkosten für den Lehrbetrieb umfassen, sind im Vorjahresvergleich um TEUR 35 auf TEUR 217 gestiegen. Für die Finanzierung von zwei Stiftungsprofessuren waren TEUR 333 (Vorjahr TEUR 400) bereit zu stellen.

Für Instandhaltung und Wartung wurden mit TEUR 432 im Vorjahresvergleich TEUR 96, u.a. für Fußbodensanierungen, mehr verausgabt.

Das Hausgeld, für das an die Alten- und Pflegeheim Ingolstadt GmbH vermietete Pflegeheim, musste inflationsbedingt um TEUR 15 auf TEUR 336 erhöht werden.

Die Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sind aufgrund von Rechtsanwaltskosten im Zusammenhang mit Vergabeverfahren um TEUR 60 auf TEUR 220 angestiegen.

Die Aufwendungen aus dem Abgang der Medientechnik belaufen sich auf TEUR 306.

Die periodenfremden Aufwendungen sanken um TEUR 13 auf TEUR 14.

Die übrigen Aufwendungen erhöhten sich um TEUR 30 auf TEUR 275.

Im Jahr 2024 ist per saldo ein Zinsertrag von TEUR 308 (Vorjahr TEUR 264) zu verzeichnen. Aufgrund der Zinsentwicklung ergab sich im Jahr 2024 ein Ertrag von TEUR 23 (Vorjahr TEUR 12) aus der Ab-/Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen. Die Zinsbelastung aus den Darlehen für den Grunderwerb belief sich unverändert auf TEUR 20. Aus Geldanlagen insbesondere bei der Tochtergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH wurden Zinserträge von TEUR 297 erzielt.

Der Krankenhauszweckverband ist mit seinen Einrichtungen als gemeinnützig anerkannt und ist ab 2005 von Einkommen- und Ertragsteuern befreit. An betrieblichen Steuern fielen daher nur Grundsteuern unverändert in Höhe von TEUR 5 an.

Der Überschuss aus der Geschäftstätigkeit des Krankenhauszweckverbandes stieg im Vorjahresvergleich um TEUR 202 auf TEUR 771. Dies beruht mit TEUR 794 aus der Entwicklung der Rückstellungen, insbesondere für Pensionen und Beihilfe. In 2024 erfolgte eine ertragswirksame Abstockung von TEUR 243, während im Vorjahr eine aufwandswirksame Dotierung von TEUR 551 erfolgte. Gegenläufig wirken die Anlagenabgangsverluste aus der Medientechnik mit TEUR 305. Im Übrigen konnte der Anstieg des Betriebsaufwandes nur teilweise durch höhere Betriebserträge gedeckt werden, wodurch eine Ergebnisverschlechterung von TEUR 287 entstand.

Auf Grundlage des Betrauungsaktes hat der Krankenhauszweckverband Ausgleichsleistungen von TEUR 28.646 an die Klinikum Ingolstadt GmbH geleistet für die in Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI-Leistungen entstehenden Kosten für die Jahre bis einschließlich 2023. Die Träger des Krankenhauszweckverband Ingolstadt haben für diese Kosten insgesamt Betriebsumlagen von TEUR 23.089 geleistet. Die nicht durch Betriebsumlagen gedeckten Ausgleichsleistungen von TEUR 5.557 können über den bestehenden Gewinnvortrag gedeckt werden.

Nach Verrechnung des Jahresverlustes von TEUR 4.786 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von TEUR 5.557 verbleibt ein Gewinnvortrag auf 2025 von TEUR 771, der aus der Geschäftstätigkeit des Krankenhauszweckverbandes resultiert. Dieser wird zur Deckung von Ausgleichsleistungen an die Klinikum Ingolstadt GmbH für 2024 in 2025 herangezogen werden.

Vermögens- und Finanzlage

Die Struktur des um TEUR 23.704 höheren Gesamtvermögens stellt sich wie folgt dar:

Vermögen	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	TEUR		TEUR		TEUR	
Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH	56.877	42%	52.183	46%	4.694	9,0%
übriges Anlagevermögen	40.638	30%	41.511	37%	- 873	-2,1%
Anlagevermögen	97.515	71%	93.694	83%	3.821	4,1%
Forderungen aus Pensionsumlagen	8.542	6%	8.653	8%	- 111	-1,3%
Wertguthaben Lebensarbeitszeitkonten	41	0%	34	0%	7	20,6%
Langfristige Geldanlage bei der Klinikum Ingolstadt GmbH	4.487	3%	5.384	5%	- 897	-16,7%
Mittel- und langfristiges Vermögen	110.585	81%	107.765	95%	2.820	2,6%
Forderungen und Abgrenzungen	581	0%	808	1%	- 227	-28,1%
Kreditgewährungen an Tochterunternehmen	0	0%	3.900	3%	- 3.900	-100,0%
Liquiditätssicherung Klinikum Ingolstadt	24.000	18%	0	0%	24.000	
Liquide Mittel, Geldanlagen	1.451	1%	440	0%	1.011	229,8%
Kurzfristiges Vermögen	26.032	19%	5.148	5%	20.884	405,7%
Gesamtvermögen	136.617	100%	112.913	100%	23.704	21,0%

Die Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH erhöhten sich um TEUR 4.694 aufgrund einer Ausweiskorrektur im Zusammenhang mit der zum 01.01.2005 durchgeführten Ausgliederung des Geschäftsbetriebs der Klinikum Ingolstadt GmbH aus dem Krankenhauszweckverband Ingolstadt.

Das übrige Anlagevermögen reduzierte sich um TEUR 873 auf TEUR 40.638, da den planmäßigen Abschreibungen von TEUR 1.060 und den im Wesentlichen aufwandswirksamen Abgängen von TEUR 307 nur Investitionen von TEUR 494 gegenüberstehen.

Die Investitionen betreffen mit TEUR 6 bauliche Maßnahmen und mit TEUR 488 Einrichtung und Ausstattung des Berufsbildungszentrums.

Das Anlagevermögen gliedert sich wie folgt:

	31.12.2024 TEUR	31.12.2023 TEUR	Veränderung TEUR	
Software	45	99	- 54	-54,5%
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	39.888	40.774	- 886	-2,2%
Technische Anlagen	85	96	- 11	-11,5%
Einrichtungen und Ausstattungen	619	542	77	14,2%
Finanzanlagen	56.877	52.183	4.694	9,0%
Anlagevermögen	97.515	93.694	3.820	4,1%

Die Forderungen aus Pensionsumlagen, die im Rahmen der Personalgestellung von den Tochterunternehmen zu erstatten sind, sind um TEUR 111 auf TEUR 8.542 gesunken.

Der Rückgang der Forderungen einschließlich Abgrenzungen um TEUR 227 auf TEUR 581 resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Forderungen gegenüber der Klinikum Ingolstadt GmbH.

In Höhe des geplanten Fehlbetrags 2024 der Klinikum Ingolstadt GmbH wurden TEUR 24.000 vom Krankenhauszweckverband als Liquiditätssicherung bereitgestellt.

Die Finanzierung des Vermögens stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Kapital	31.12.2024 TEUR		31.12.2023 TEUR		Veränderung TEUR	
Eigenkapital	102.075	75%	78.167	69%	23.908	30,6%
Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.561	3%	3.798	3%	- 237	-6,2%
Eigenmittel	105.636	77%	81.965	73%	23.671	28,9%
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	23.852	17%	30.236	27%	- 6.384	-21,1%
Mittel- und langfristiges Kapital	129.488	95%	112.201	99%	17.287	15,4%
Kurzfristiges Fremdkapital	7.129	5%	712	1%	6.417	901,3%
Gesamtkapital	136.617	100%	112.913	100%	23.704	21,0%

Der Anstieg des Eigenkapitals um TEUR 23.908 auf TEUR 102.075 resultiert aus der von den Trägern geleisteten vorläufigen Betriebsumlage für 2024 von TEUR 24.000 der in die zweckgebundene Rücklage eingestellt wurde. Darüber hinaus erfolgte eine rücklagenerhöhende Ausweiskorrektur der Anteile am Klinikum Ingolstadt von TEUR 4.694 im Zusammenhang mit der zum 01.01.2005 durchgeführten Ausgliederung des Geschäftsbetriebs der Klinikum Ingolstadt GmbH aus dem Krankenhauszweckverband Ingolstadt. Im Geschäftsjahr 2024 ergibt sich ein Verlust von TEUR 4.786, zu dessen Deckung der bestehende Gewinnvortrag von TEUR 5.557 verwendet wird. Der Sonderposten für die erhaltenen Zuwendungen zum Anlagevermögen, der Eigenmittelcharakter hat, ging um TEUR 237 auf TEUR 3.561 zurück. Der abschreibungskonformen planmäßigen Auflösung und Abgängen von insgesamt TEUR 382 stehen verwendete Fördermittelzuflüsse von TEUR 145 gegenüber. Die um TEUR 23.671 auf TEUR 105.636 angewachsenen Eigenmittel finanzieren 77 % des Vermögens (Vorjahr 73%).

Das Fremdkapital ist um TEUR 33 auf TEUR 30.981 gestiegen.

Dies beruht auf dem Anstieg des kurzfristigen Fremdkapitals um TEUR 6.417 auf TEUR 7.129.

Der im kommenden Jahr zu tilgende Darlehensbetrag erhöhte sich von TEUR 267 auf TEUR 6.014. Die kurzfristigen Rückstellungen stiegen um TEUR 376 auf TEUR 556. Die kurzfristigen Abgrenzungen und

Verbindlichkeiten, die vor allem bezogene Leistungen betreffen, fallen stichtagsbezogen mit TEUR 559 um TEUR 294 höher aus.

Gegenläufig ist der mittel- und langfristige Teil um TEUR 6.384 auf TEUR 23.852 gesunken. Der langfristige Rückstellungsbedarf insbesondere für Pensionen und Beihilfen ist um TEUR 340 auf TEUR 17.570 gesunken, da Anpassungen erfolgten für Orts- und Familienzuschläge sowie für Ruhestandsversetzungen. Die Rückstellung für Altersteilzeit ist weggefallen (Vorjahr TEUR 6). Die Abgrenzung für Erbbauzinsen sank um TEUR 24 auf TEUR 497. Aufgrund des Fälligwerdens eines Darlehens in 2025, erfolgte eine Verschiebung von TEUR 5.884 von den mittelfristigen zu den kurzfristigen Bankkrediten. Ein Teilbetrag von TEUR 5.785 steht mittel- und langfristig zur Verfügung.

Für die Investitionen (TEUR 494) und Kredittilgungen (TEUR 267) ergab sich ein Gesamtfinanzbedarf von TEUR 761. Dieser Bedarf sowie die Ausgleichsleistungen an die Klinikum Ingolstadt in Höhe eines Teilbetrags von TEUR 5.557, der nicht durch Betriebsumlagen der Träger sondern aus dem Gewinnvortrag finanziert wurde, erforderte, soweit keine Deckung aus dem Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR 2.531) finanziert werden konnte, den Abbau der liquiden Mittel sowie der Geldanlagen und Kreditgewährungen an die Klinikum Ingolstadt GmbH um TEUR 3.787 auf TEUR 5.937.

CHANCEN, RISIKOMANAGEMENT UND QUALITÄTSSICHERUNG

Risikomanagement und Qualitätssicherung ergänzen sich aus unserer Sicht in vielerlei Hinsicht.

Unser Berufsbildungszentrum hat sich Qualitätsziele gesetzt. Mit dem stetigen Bestreben, die gesteckten Qualitätsziele zu erreichen und uns zu verbessern, minimieren wir gleichzeitig unsere Risiken.

Die Werkleitung wird regelmäßig über die Kosten und Erlöse des Krankenhauszweckverbands informiert. Die Ansätze des Wirtschaftsplans werden gezielt und fortlaufend überwacht und Abweichungsanalysen durchgeführt.

Besondere Risiken aus schwebenden Geschäften sind nicht vorhanden.

Für nicht abwendbare Risiken besteht ein angemessener und regelmäßig aktualisierter Versicherungsschutz.

Unser Risikofrüherkennungssystem wird regelmäßig fortentwickelt, überwacht und von unserem Jahresabschlussprüfer im Rahmen der Prüfung des § 53 HGrG beurteilt.

Im Einzelnen bestehen insbesondere nachstehende Risikofelder, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können. Die bedeutenden Risiken sind im Folgenden in absteigender Reihenfolge gelistet:

Gesamtwirtschaftliche und gesetzgeberische Risiken

Die Entwicklungen im Bereich der Binnenkonjunktur betreffen uns unmittelbar. Das Steueraufkommen der Gebietskörperschaften berührt uns direkt, da die Investitionsförderung von diesen Einnahmen abhängt. Die Vorgaben der Krankenhausplanung und der Investitionsfinanzierung müssen beim Ausbau unserer Aktivitäten und bei der Sanierung des Berufsbildungszentrums beachtet werden.

Gesetzesänderungen können sowohl positive als auch negative Konsequenzen haben. Das deutsche Gesundheitswesen ist sehr stark reglementiert. Diese Reglementierungen wirken auf uns in Form der Ausgestaltung der Ausbildungsfonds und der Vereinbarung der individuellen Ausbildungsbudgets. Daneben sind wir bei der Erhebung unserer Mietzinsen an die Entwicklungen im Markt gebunden.

Mit unseren Kooperationen nutzen wir die Möglichkeiten, die der Markt bietet und werden diese auch weiterhin gezielt fortführen.

Markt- und Absatzrisiken

Auf Grund der staatlichen Schulplanung verfügen alle Berufsfachschulen faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz. Gemäß § 2 Abs. 1a) Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind im Krankenhausplan des Freistaats Bayern die Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt explizit aufgeführt. Klassische Markt- und Absatzrisiken bestehen deshalb nicht, außer bei den Vermietungen, die aber im Wesentlichen an Kooperationspartner erfolgen.

Dennoch ergeben sich Veränderungen im Markt. Der Rückgang der Bewerberzahlen und das Absinken der Qualifikation der Bewerber bewirkt, dass immer weniger Schüler ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Dadurch entstehen höhere Kosten pro Ausbildungsplatz, die nicht finanziert sind. Die pauschale Vergütung der generalistische Pflegeausbildung erfordert zudem eine Anpassung der Kostenstruktur an die erhaltene Vergütung.

Das Berufsbildungszentrum bietet, u. a. neben der 3-jährigen Ausbildung zum Ergotherapeuten (w/m/d), seit dem Schuljahr 2020/21 in Zusammenarbeit mit der HSD Hochschule Döpfer Schülerinnen und Schülern der Ergotherapieschule, die die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife besitzen, die Möglichkeit, zusätzlich einen Bachelor of Science (B.Sc.) in Ergotherapie zu erwerben.

Das Hebammengesetz, das am 1. Januar 2020 in Kraft trat, sieht vor, dass künftig alle Ausbildungen nur an Hochschulen stattfinden können. Das BBZ hat daher letztmals zum Schuljahr 2022/2023 Schülerinnen für die berufliche Ausbildung aufnehmen können.

Die Berufsfachschule für Physiotherapie in Ingolstadt ist seit Ende 2016 Kooperationspartner der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH). Ebenso besteht mit der Regensburger Hochschule eine Kooperation der BFS für Logopädie. Gegenstand der Kooperation sind die Bachelorstudiengänge „Angewandte Gesundheitswissenschaften“/Physiotherapie bzw. Logopädie dual.

Finanzrisiken

Zinsrisiken bestehen infolge der gesplitteten Darlehen zur Finanzierung des Grundstückkaufs wegen ihrer mittel- bzw. langfristigen Zinsbindung nur in geringem Umfang. Kursrisiken, Transaktions- oder Währungsrisiken bestehen nicht.

Risikoreiche Finanzanlagen sowie Finanzgeschäfte im Termin-, Options- und Derivatemarkt werden nicht getätigt.

Beschaffungsrisiken

Bei der Beschaffung von Einrichtungen und Ausstattungen sowie von Sachbedarf sind wir auf Fremdanbieter angewiesen. Diese Abhängigkeiten können mit Risiken behaftet sein, z. B. bei Lieferschwierigkeiten oder Qualitätsproblemen.

Die Beschaffungen erfolgen teils über die Einkaufsabteilung und teils über die Verwaltungsleitung des Berufsbildungszentrums. Der Einkauf stellt durch kontinuierliche Markt- und Produktbeobachtung sicher, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nur im Ausnahmefall entstehen können.

Erfolgs- und Liquiditätsrisiken

Die Monatsabschlüsse und der Jahresabschluss werden zügig erstellt und der Werkleitung vorgelegt. So können frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und – wenn notwendig – Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Etwaige Liquiditätsengpässe können so frühzeitig erkannt werden.

Durch regelmäßige Zeit- und Betriebsvergleiche (Bayerische Krankenhausgesellschaft u.a.) von Aufwendungen, Erträgen, betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, Personalkennzahlen und anderen

Indikatoren werden unsere Analysen unterstützt. Monatliche Erfolgs- und Liquiditätskontrollen sichern unsere Prognosen und unseren Liquiditätsstatus ab.

Prinzipiell besteht das Risiko, dass steigende Personal- und Sachkosten das Ergebnis der Gesellschaft negativ beeinflussen können. Diese möglichen Anstiege können zum Teil in neu zu verhandelnden Budgets geltend gemacht werden. Somit besteht die Chance, dass die Auswirkungen auf das Ergebnis der Gesellschaft begrenzt werden können.

Der Krankenhauszweckverband hat sich verpflichtet die Liquidität der Klinikum Ingolstadt GmbH zu sichern und Betriebsverluste im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit innerhalb von 5 Jahren auszugleichen. In 2024 leisteten die Träger eine vorläufige Betriebsumlage von 24 Mio. EUR, die Mittel wurden zur Liquiditätssicherung der Klinikum Ingolstadt GmbH zur Verfügung gestellt. In 2024 trat bei der Klinikum Ingolstadt GmbH ein Verlust 14,7 Mio. EUR ein, der aus den Mittel der Liquiditätssicherung unterjährig in 2024 finanziert wurde und in 2025 daraus gedeckt werden wird. Da auch in den Folgejahren mit weiteren Verlusten zu rechnen ist, hat der Krankenhauszweckverband in seiner Haushaltssatzung 2025 eine von den Trägern zu leistende Betriebsumlage von 25,5 Mio. EUR zur Liquiditätssicherung der Klinikum Ingolstadt GmbH festgesetzt.

Mitarbeiter

Der Fachkräftemangel stellt nach wie vor ein zentrales Risiko dar. Im Gesundheitsmarkt, speziell bei Leistungsanbietern im stationären Sektor, herrscht ein intensiver Wettbewerb um qualifiziertes Personal. Die Gewinnung und Bindung von Fachpersonal stellt berufsgruppenübergreifend eine gleichbleibend hohe Herausforderung dar. Neben Führungskräften im medizinischen und administrativen Bereich wird qualifiziertes Ausbildungspersonal gesucht. Dieser Fachkräftemangel führt durch die Tendenz zur Gewährung über-/außertariflicher Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten, dem wir u.a. durch das Angebot unserer flexiblen Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle entgegentreten wollen.

Ein erheblicher Mangel von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen kann in einem Dienstleistungsbetrieb die Qualität beeinträchtigen und zusätzliche Risiken bis hin zum partiellen Betriebsstillstand im jeweiligen Bereich generieren. Dies kann Erlösausfälle zur Folge haben. Situationen des Personalmangels können die Wahrnehmung von Wachstumschancen und dadurch auch eine nachhaltige Unternehmensentwicklung gefährden. Die Bedeutung einer zeitgerechten und qualifizierten Gewinnung von Personal nimmt zu. Über Anreizsysteme bei der Vergütung und attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten versuchen wir, Mitarbeiter zu gewinnen, zu binden und weiterzuentwickeln.

Im Berufsbildungszentrum stehen wir vor Veränderungen der Gesundheitsberufe in immer kürzeren Abständen. Wegen der generalistischen Ausbildung in der Pflege und dem hohen Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften ist die Berufsfachschule für Pflege einem fortwährenden dynamischen Prozess ausgesetzt.

Ebenso im Bereich der Operations- und Anästhesietechnischen Assistenz (OTA/ATA) ist ein hoher Bedarf an Fachkräften abbildbar, weswegen die Berufsfachschule für OTA/ATA sich weiterhin im Fokus der internen Schulentwicklung befindet.

Wir unterstützen persönliches Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch moderne und attraktive Arbeitsplätze, sowie durch flexible Arbeitszeitmodelle. Wir fördern regelmäßige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf allen Hierarchieebenen. Großes Augenmerk gilt dabei der Ausbildung in unseren Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands. Wir bilden jährlich über 500 Schülerinnen und Schüler aus, die den eigenen Bedarf und die Bedarfe der Region abdecken sollen. Dem Fachkräftemangel in allen Gesundheits- und Pflegeberufen soll damit entgegengewirkt werden.

Chancen

An unserer Schule unterrichten Pflegepädagogen, Ärzte und Lehrer für Pflegeberufe. Sie alle haben eine enge Bindung zum Pflegeberuf und häufig eine langjährige klinische Erfahrung. Die praktische Ausbildung findet im Klinikum Ingolstadt oder in den kooperierenden Kreiskrankenhäusern Eichstätt und Kösching statt. Sie wird von Praxisanleitern sowie von den Fachlehrern der Schule begleitet. Eine enge Beziehung zwischen Lehrern und Schülern entsteht durch viele praktische Übungen sowie die individuelle Begleitung auf den Stationen. Vertrauen und Offenheit sind die Basis für ein positives Miteinander. Im Zentrum unseres Tuns stehen immer unsere Schülerinnen und Schüler und die von ihnen betreuten Patienten. Nur so können wir den Slogan des Klinikums „in guten Händen“ mit Leben füllen.

Die Berufsfachschule für Medizinische Technologen für Radiologie und die Berufsfachschule für Operations- und Anästhesietechnische Assistenten bieten Schulabgängern und Umschülern die Möglichkeit, sich in einem angesehenen Beruf mit ausgezeichneten Anstellungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten ausbilden zu lassen. Unser Ziel ist es, aus unseren Schülerinnen und Schülern gesuchte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Daher arbeiten wir an einer stetigen Verbesserung unserer Unterrichtsmethoden und führen unsere Schülerinnen und Schüler schon in der Ausbildung an modernste Geräte heran.

Gesamteinschätzung

Die Überprüfung der Gesamtrisikolage des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt hat ergeben, dass bestandsgefährdende Risiken nicht bestehen, sofern von Trägern für die Verluste der Klinikum Ingolstadt GmbH satzungsgemäß Betriebsumlagen geleistet werden.

AUSBLICK AUF DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

Strategische Zielsetzung

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt betreibt mit dem Berufsbildungszentrum eines der größten Ausbildungszentren für Berufe im Gesundheitswesen in Bayern. Der Ausbau der Ausbildung für Operationstechnische Assistenten, der von der Klinikum Ingolstadt GmbH bzw. ab September 2022 über das Ausbildungsbudget finanziert wird, wird fortgesetzt. Seit dem Schuljahr 2023 werden in einer Kombinationsklasse neben Operationstechnische auch Anästhesietechnische Assistentinnen und Assistenten beschult und in der Klinikum Ingolstadt und externen Kooperationskliniken praktisch ausgebildet.

Die Investitionen werden über Förderprogramme des Freistaats, mit Zuschüssen der Träger oder mit Eigenmitteln finanziert.

Die Ausrichtung einer zeitgemäßen Ausbildung die sich an digitalen, wie auch sektor- und fachübergreifenden Prozessen orientiert, ist durch die Schaffung von weiteren Angeboten ein sehr wichtiger Schritt zur Erhaltung und Verbesserung der Attraktivität des Berufsbildungszentrums.

Die Kooperation mit den umliegenden Kliniken ist weiterhin vorgesehen. Bezüglich der generalistischen Ausbildung in den Pflegeberufen und der neuen ATA/OTA-Ausbildung wurden Kooperationsverträge abgeschlossen.

Die beruflichen Schulen sind mit ihren hoch qualifizierten Lehrkräften ein Garant für eine umfassende und zukunftsfähige Ausbildung. Die Ausbildung für Asylbewerber in einem staatlich geförderten Schulversuch wird weitergeführt. Eine Co-Finanzierung für die nicht durch das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz gedeckten Kosten erfolgt durch die Stadt Ingolstadt.

Die Vermietungen sind das zweite Standbein des Krankenhauszweckverbands. Alle Mieter sind zusätzlich auch Kooperationspartner der Klinikum Ingolstadt GmbH. Damit wird die Verzahnung in der Gesundheitswirtschaft weiter vorangetrieben. Die Klinikum Ingolstadt GmbH mietet weiterhin die Räume im Anna-Ponschab-Haus für die Behandlung von psychosomatischen Patienten.

Geschäftsentwicklung und Prognose 2025

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat das Geschäftsjahr 2025 planmäßig begonnen. Die Bewerberzahlen im Jahr 2025 liegen auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre.

Die Ergebnisse liegen bisher im Rahmen unserer Planung. Über den Ausbildungsfonds, das zusätzliche Ausbildungsbudget und Pflegeausbildungsfonds Bayern für die Pflegeausbildung werden voraussichtlich die erforderlichen Finanzmittel zufließen. Die Verhandlungen für das Ausbildungsbudget 2025 werden im Laufe des Jahres 2025 aufgenommen.

Für das Geschäftsjahr 2025 sind um 0,2 Mio. EUR niedrigere Gesamterträge aus der Leistungserbringung von rund 10,0 Mio. EUR eingeplant. Der Gesamtaufwand wird voraussichtlich um 0,1 Mio. EUR auf 9,8 Mio. EUR anwachsen. Bei den Personalkosten wird mit einem Anstieg auf 7,1 Mio. EUR gerechnet. Unter Berücksichtigung des Zinsaufwandes von 0,2 Mio. EUR wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Für Investitionen in die weitere Modernisierung des Berufsbildungszentrums wurde ein Budget von 0,7 Mio. EUR genehmigt.

In der Haushaltssatzung 2025 wurden von den Trägern zu erhebende Betriebsmittelumlagen von 25,5 Mio. EUR festgesetzt, um zur Deckung der Verluste bei der Klinikum Ingolstadt GmbH einen Betriebskostenzuschuss leisten zu können.

Ingolstadt, 31. März 2025

Krankenhauszweckverband Ingolstadt



Jochen Bocklet
(Werkleiter)



Dr. Andreas Tiete
(Werkleiter)

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024**

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	44.766,00	98.498,00
	44.766,00	98.498,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	39.702.334,62	40.588.572,62
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten a. fremden Grundstücken	133.754,61	133.754,61
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	51.700,10	51.700,10
4. Technische Anlagen und Maschinen	85.006,00	95.956,00
5. Einrichtungen und Ausstattungen	620.403,00	542.193,00
	40.593.198,33	41.412.176,33
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	56.876.776,97	52.183.462,75
	56.876.776,97	52.183.462,75
	97.514.741,30	93.694.137,08
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0)	90.176,07	165.688,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 8.542.080,34; Vorjahr: T€ 8.653)	37.181.753,88	18.234.884,18
(davon aus Lieferungen und Leistungen € 153.173,54; Vorjahr: T€ 298)		
3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0)	285.941,23	274.317,30
	37.557.871,18	18.674.889,48
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.450.701,50	440.564,48
	39.008.572,68	19.115.453,96
C. Rechnungsabgrenzungsposten	52.097,76	70.011,82
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	41.147,31	33.752,58
	136.616.559,05	112.913.355,44

		Passiva	
		31.12.2024	31.12.2023
		€	€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		2.000.000,00	2.000.000,00
II. Kapitalrücklage		99.303.978,84	70.610.664,62
III. Gewinnvortrag		0,00	4.988.029,52
IV. Bilanzgewinn / Jahresüberschuss		771.256,08	569.212,43
		102.075.234,92	78.167.906,57
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach KHG		2.261.767,00	2.464.251,00
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand		1.299.571,00	1.334.102,00
		3.561.338,00	3.798.353,00
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.069.449,54	8.201.074,89
2. Sonstige Rückstellungen		10.055.887,34	9.894.977,46
		18.125.336,88	18.096.052,35
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 6.013.511,21; Vorjahr: T€ 267)		11.798.511,21	12.065.700,57
2. Erhaltene Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 574,64; Vorjahr: T€ 1)		574,64	574,64
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 118.747,08; Vorjahr: T€ 59)		118.747,08	58.930,38
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 9.746,92; Vorjahr: T€ 29)		9.746,92	28.623,23
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 96.446,58; Vorjahr: T€ 62) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 96.446,58; Vorjahr: T€ 62)		96.446,58	61.933,26
6. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 49.493,79; Vorjahr: T€ 44) (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 333.280,60; Vorjahr: T€ 115)		333.280,60	114.578,50
		12.357.307,03	12.330.340,58
E. Rechnungsabgrenzungsposten		497.342,22	520.702,94
		136.616.559,05	112.913.355,44

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024

	2024	2023
	€	€
1. Umsatzerlöse	6.950.149,70	6.606.866,31
2. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 8	3.157.233,30	3.036.643,36
3. Sonstige betriebliche Erträge	63.268,95	83.471,25
	10.170.651,95	9.726.980,92
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-279.738,26	-250.016,49
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-255.527,71	-252.616,68
	-535.265,97	-502.633,17
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-4.487.967,81	-4.300.502,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 1.075.557,43; Vorjahr: T€ 1.483)	-1.825.851,98	-2.253.123,15
	-6.313.819,79	-6.553.625,26
Zwischenergebnis	3.321.566,19	2.670.722,49
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-1.059.506,55	-1.069.104,72
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.133.073,67	-1.670.772,14
8. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindl. n. d. KHG u. auf Grund sonst. Zuwend. z. Finanz d. Sachanlagevermögens	-125.811,91	-80.943,90
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (davon Fördermittel nach dem KHG € 44.275,00; Vorjahr: T€ 44)	83.698,51	80.943,90
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	381.504,51	379.515,16
Zwischenergebnis	468.377,08	310.360,79
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 297.329,15; Vorjahr: T€ 270) (davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 34.055,12; Vorjahr: T€ 72)	338.875,12	344.351,51
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 11.001,40; Vorjahr: T€ 60)	-30.969,76	-80.473,51
13. Ergebnis vor Steuern	776.282,44	574.238,79
14. Steuern	-5.026,36	-5.026,36
15. Ergebnis vor Verlustübernahme	771.256,08	569.212,43
16. Erträge aus Verlustübernahme Träger (Betriebsumlage)	23.089.075,43	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme Klinikum Ingolstadt GmbH	-28.646.317,38	0,00
18. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-4.785.985,87	569.212,43
19. Verrechnung mit Ergebnisvortrag	5.557.241,95	0,00
20. Bilanzgewinn	771.256,08	569.212,43

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

ANHANG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Der Jahresabschluss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt, wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz, der GuV und des Anlagennachweises erfolgten nach der Eigenbetriebsverordnung (EBV). Die Gliederung wurde um die Posten der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) für die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens ergänzt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB auf. Gemäß § 20 EBV ist der Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

II. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Folgende Änderungen der Bilanzierung und Bewertung wurden gegenüber dem Vorjahr vorgenommen:

Die Finanzanlagen betreffen ausschließlich die Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH. Die zum Bilanzstichtag ausgewiesene Erhöhung des Buchwertes dieser Anteile von EUR 52.183.462,75 im Vorjahr auf EUR 56.876.776,97 im Berichtsjahr ist eine Ausweiskorrektur im Zusammenhang mit der zum 01.01.2005 durchgeführten Ausgliederung des Geschäftsbetriebs der Klinikum Ingolstadt GmbH aus dem Krankenhauszweckverband Ingolstadt und der Anpassung dieses Wertes vom 31.12.2010. Eine Ergebnisauswirkung ergab sich hieraus nicht.

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich mit dem Vorjahr unverändert angewandt.

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich Nebenkosten, vermindert um lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis Euro 250,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Geringwertige Wirtschaftsgüter von über Euro 250,00 bis Euro 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet, der über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben wird.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer pro Anlagenklasse gliedert sich wie folgt:

<u>Anlageposition</u>	<u>Nutzungsdauer</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	0 – 50 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	keine Abschreibung

Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	keine Abschreibung
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 48 Jahre
Einrichtungen und Ausstattungen	5 – 15 Jahre
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5 Jahre

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Dem Ausfallrisiko wird durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Bankguthaben sind zu Nominalwerten bilanziert.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Diese werden mit dem Nennwert angesetzt. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert aus der Saldierung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB von Langzeitarbeitskontenverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Langzeitarbeitskontenverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB). Bei den Vermögensgegenständen handelt es sich um Wertpapiere.

Das Stammkapital und die Rücklagen werden zum Nennwert bilanziert.

Die Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens betreffen entsprechend den Vorgaben der KHBV die erhaltenen Fördermittel für Investitionen. Diese werden um die bereits angefallenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter vermindert.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie jährliche Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt. Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2024 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 10 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2024 1,90 %, während er sich im Vorjahr auf 1,82 % belief. Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 7 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2024 1,96 % (Vorjahr 1,74 %).

Die Beihilferückstellungen wurden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens bewertet. Die Berechnung wurde unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,96 % (Vorjahr 1,74 %) und berücksichtigte außerdem eine Dynamik der Beihilfeleistungen von 2 %.

Die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten vorgenommen. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,96 % (Vorjahr 1,74 %) und berücksichtigte zudem das vorzeitige Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis mit 10,5 % (Vorjahr 7,9 %). Der Gehaltstrend wurde mit 2 % berücksichtigt.

Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die "Richttafeln 2018 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 7 Jahre. Dementsprechend wurde ein Zinssatz von 1,96 % (Vorjahr 1,74 %) angewendet. Des Weiteren wurde bei der Bemessung der Rückstellung ein Gehaltssteigerungstrend von 2 % p.a. angenommen.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nennwert angesetzt und betreffen Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen. Die Auflösung erfolgt linear entsprechend der Laufzeit.

III. ANGABEN ZUR BILANZ

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände ist im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

Anteilsbesitz

Name	Sitz	Beteiligungs- quote	Eigen- kapital	2024 Jahresergebnis
Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100%	42.212.331,37 €	-14.664.445,60 €

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen mit TEUR 24.000 die von den Trägern gewährte Betriebsumlage sowie Forderungen aus der Weiterbelastung der Rückstellungen für Umlagezahlungen gegen die Klinikum Ingolstadt GmbH sowie die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH die sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 8.542 (Vorjahr TEUR 8.653) belaufen und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben. Ferner enthalten sind Forderungen aus Leistungsbeziehungen in Höhe von TEUR 153 (Vorjahr TEUR 298).

Unter der Position D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung wurden die Wertguthaben für Langzeitarbeitskonten in Höhe von TEUR 310 nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von TEUR 269 verrechnet. Die Bewertung der in Wertpapieren verbriefen Wertguthaben erfolgte zum Kurswert am Bilanzstichtag. Der aktive Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 41 unterliegt grundsätzlich einer Ausschüttungssperre, die aufgrund ausreichender frei verfügbarer Rücklagen nicht zum Tragen kommt.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurde eine vorläufige Betriebsumlage von den Trägern für den Verlustausgleich bei der Klinikum Ingolstadt GmbH von TEUR 24.000 geleistet. Dieser Betrag wurde als zweckgebundene Rücklage gebucht und an die Klinikum Ingolstadt GmbH als vorläufige Ausgleichsleistung weitergegeben.

Pensionsrückstellungen

Für die Beamten mit Versorgungszusagen vor dem 1. Januar 1987 (Altzusagen) wurden in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB im Geschäftsjahr 2024 lediglich Zuführungen zu den Rückstellungsbeträgen des Vorjahres bis zu 47 % des Erfüllungsbetrages (Münchner Modell) gebucht.

Die Neuzusagen werden zum Erfüllungsbetrag passiviert. Für die aufgrund erstmaliger Anwendung der Bewertungsgrundsätze des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes notwendige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zum 01.10.2010 wurde das Wahlrecht in Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Anspruch genommen. Der Zuführungsbetrag wird über 15 Jahre angesammelt. Die gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen betragen TEUR 0.

	Durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionsrückstellungen	8.069	155	8.224
davon			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	1.887	243	2.130
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	2.027	-271	1.756
Erfüllungsbetrag	3.914	-28	3.886
davon			
Neuzusagen passivierter Wert	6.182	-88	6.094
noch nicht bilanzierter Wert Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB	0	0	0
Erfüllungsbetrag	6.182	-88	6.094

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 155.

Für diesen Unterschiedsbetrag (TEUR 155) besteht grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen:

Rückstellung für Beihilfe-Aufwendungen	943 TEUR
Rückstellung für Umlagezahlungen	8.542 TEUR

Die Rückstellung für Umlagezahlungen beinhaltet die Verpflichtung gegenüber der Versorgungskasse, die für die Beamtenversorgung ab dem Pensionsbeginn geleistet werden muss. Für die Beamten, die für die Klinikum Ingolstadt GmbH und die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH tätig sind, wird diese Umlage als Forderung gegen verbundene Unternehmen, gegen die Klinikum Ingolstadt GmbH in Höhe von TEUR 7.847 und gegen die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH in Höhe von TEUR 695 ausgewiesen.

	Durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Umlagerückstellungen			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	8.542	-62	8.480
Nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	9.633	-70	9.563
Erfüllungsbetrag	18.175	-132	18.043
davon frühere Organmitglieder	2.028	-13	2.015

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Umlagezahlungen an die Versorgungskasse mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 62. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die

Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 96 betreffen Leistungsverbindlichkeiten.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Angaben im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten in einem Verbindlichkeitspiegel zusammengefasst dargestellt:

	EUR	Restlaufzeit		
		kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr	davon größer 5 Jahre
		EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	11.798.511,21	6.013.511,21	5.785.000,00	5.265.000,00
(Vorjahr)	12.065.700,57	267.079,65	11.798.620,92	5.395.000,00)
2. Erhaltene Anzahlungen	574,64	574,64		
(Vorjahr)	574,64	574,64)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	118.747,08	118.747,08		
(Vorjahr)	58.930,38	58.930,38)		
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	9.746,92	9.746,92		
(Vorjahr)	28.623,23	28.623,23)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	96.446,58	96.446,58		
(Vorjahr)	61.933,26	61.933,26)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	333.280,60	333.280,60		
(Vorjahr)	114.578,50	114.578,50)		
	12.357.307,03	6.572.307,03	5.785.000,00	5.265.000,00

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Umsatzerlöse von TEUR 10.107 (Vorjahr TEUR 9.644) gliedern sich in folgende Bereiche:

- Erträge aus der Schulfinanzierung von der Klinikum Ingolstadt GmbH TEUR 2.717 (Vorjahr TEUR 2.556)
- Öffentliche Zuweisungen für Lehrpersonal und Gastschulbeiträge TEUR 3.157 (Vorjahr TEUR 3.307)
- Personalkostenerstattungen und Dienstleistungen an die Tochterfirmen TEUR 1.827 (Vorjahr TEUR 1.808)
- Mieterträge und sonstige Umsatzerlöse TEUR 2.406 (Vorjahr TEUR 2.243)

Sie enthalten periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 313 (Vorjahr TEUR 275), die ausschließlich die Nachzahlung der Lehrpersonalzuschüsse 2023 betreffen (Vorjahr TEUR 237).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen mit TEUR 10 (Vorjahr TEUR 27) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 14 (Vorjahr TEUR 27) periodenfremde Aufwendungen.

Für Aufwendungen aus der Anwendung der Art. 66 und 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB hinsichtlich der Dotierung der Pensionsrückstellungen sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wie im Vorjahr TEUR 18 gebucht.

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 34 (Vorjahr TEUR 72) enthalten sowie Zinsen von verbundenen Unternehmen von TEUR 297 (Vorjahr TEUR 270).

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 11 (Vorjahr TEUR 60) enthalten.

V. SONSTIGE ANGABEN

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen, die nicht in der Bilanz enthalten sind, beträgt TEUR 117.

Diese gliedern sich wie folgt:

- bis 1 Jahr	TEUR 92
- 2 bis 5 Jahre	TEUR 25

Haftungsverhältnisse

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK Bayern). Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EG-HGB nicht passiviert. Die ZVK Bayern ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck dieser Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Beiträge finanziert. Mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft aus der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers ist nicht ernsthaft zu rechnen, da bereits Vermögen in erheblichem Umfang aufgebaut wurde und die ZVK Bayern eine stabile Anzahl von Beteiligten aufweist.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt ist Mitglied im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern. Der Beitrag setzte sich somit aus zwei Komponenten zusammen, einer Umlage in Höhe von 3,75 % sowie eines Zusatzbeitrags in Höhe von 3,76 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Mit dem Zusatzbeitrag wird der Umstieg der ZVK Bayern von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalgedecktes System finanziert. Der Zusatzbeitrag wurde erstmals 2003 in Höhe von 2,00 % erhoben, stieg bis zum Jahr 2007 auf 4,00 % an, 2024 fand eine Reduktion auf 3,76 % statt. Allerdings wurde ab 2024 zur Stützung des Altтарifs 2002 ein zusätzlicher Beitrag in Höhe von 0,24% des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhoben. Im Jahr 2013 erfolgte eine Absenkung des Umlagesatzes im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern von 4,75 % auf 3,75 %. Die ZVK Bayern verfügt über die Option, den Umlagesatz in den kommenden Jahren darüber hinaus stufenweise abzusenken.

Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter TEUR 3.099 (Vorjahr

TEUR 2.829).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Bayerischen Versorgungsverband eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Verbindlichkeiten übernommen, die sich aus der freiwilligen Mitgliedschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH ergeben.

Die Klinikum Ingolstadt GmbH hat von der Bayerischen Landesstiftung München einen Zuschuss von TEUR 150 für die Errichtung eines stationären Hospizes erhalten. Zur Absicherung für die Dauer der Zweckbindung hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hierzu eine Bürgschaft in gleicher Höhe übernommen. Der Zuschuss ist per 31. Dezember 2024 mit TEUR 56 (Vorjahr TEUR 62) valuiert (Zweckbindung 25 Jahre bis 2034).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat für die Wertguthaben der Altersteilzeitarbeitnehmer der Klinikum Ingolstadt GmbH, sowie sämtlicher 100 % - Tochtergesellschaften der Klinikum Ingolstadt GmbH, eine Ausfallbürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von 1,1 Mio. EUR übernommen.

Zur Besicherung von Darlehen der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde eine Buchgrundschild in Höhe von 18,5 Mio. EUR eingetragen; über eine Zweckbindungserklärung sind Darlehen von der Müllverwertungsanlage die Ende 2024 mit 4,55 Mio. EUR (Vorjahr 4,9 Mio. EUR) valutieren, damit besichert.

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der genannten Bürgschaften und Grundschulden schätzen wir auf Grund der gegenwärtigen Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten in der Vergangenheit als sehr gering ein; Anhaltspunkte für eine andere Beurteilung liegen uns derzeit nicht vor.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Freistaat Bayern eine Bürgschaft für Förderleistungen, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt wurden, in Höhe von EUR 70.818.230 übernommen. Diese Bürgschaft ist derzeit mit 2,8 Mio. EUR (Vorjahr 2,9 Mio. EUR) valuiert.

Bezüglich der Fördermittel für die Generalsanierung, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt werden, hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt für den Bauabschnitt 1 in 2015 eine weitere Bürgschaft in Höhe von EUR 66.990.000 gegenüber dem Freistaat Bayern übernommen. Davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 39.330.000 ausbezahlt. Für den Bauabschnitt 2 wurde in 2017 eine Bürgschaft von EUR 35.532.400 übernommen, die ausbezahlten Fördermittel betragen zum 31.12.2024 EUR 19.590.000.

Mit Kauf der Reiser-Klinik wurden die von der Regierung von Oberbayern gewährten Fördermittel übernommen. Zur Absicherung besteht eine Grundschild zugunsten des Freistaates Bayern in Höhe von EUR 6.646.794,45. Mit dieser Grundschild sind auch die Fördermittel für den Umbau der Reiser-Klinik im Jahr 2018 abgesichert. Der Restbuchwert dieser Fördermaßnahmen beträgt zum Bilanzstichtag EUR 3.510.784 (Vorjahr EUR 3.773.944).

Nach der Krankenhausstrukturfondsverordnung werden bei der Klinikum Ingolstadt GmbH IT-Vorhaben mit 13 Einzelmaßnahmen mit einem Betrag von EUR 3.856.064,56 durch die Regierung von Oberbayern gefördert. Zur Absicherung hat der Krankenhauszweckverband eine Bürgschaft in gleicher Höhe an den Freistaat Bayern gewährt. Davon wurden zum 31.12.2023 bereits 1,7 Mio. EUR ausbezahlt; im Jahr 2024 erfolgte keine Auszahlung.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat in 2023 eine Bürgschaft in Höhe von EUR 2.750.000 zur Absicherung der Baumaßnahme „Erneuerung Netzersatzanlage Süd“ bei der Klinikum Ingolstadt GmbH an den Freistaat Bayern gewährt. Davon wurden bisher Fördermittel von EUR 1.000.000 ausbezahlt.

Ebenfalls an den Freistaat Bayern wurde in 2023 eine Bürgschaft von EUR 2.521.212 gewährt für die Errichtung der Tagesklinik Psychiatrie in Eichstätt, davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 2.303.000 ausbezahlt.

Für die Ertüchtigung der Sprinklerversorgung bei der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde im Geschäftsjahr 2024 eine weitere Bürgschaft an den Freistaat Bayern von EUR 1.484.878 gewährt. Hier wurden bisher noch keine Fördermittel ausbezahlt.

Da diese Fördermittel zweckentsprechend verwendet werden, ist eine Inanspruchnahme dieser Bürgschaften und Grundschild nicht wahrscheinlich.

Honorar der Abschlussprüfung

Das für das Geschäftsjahr 2024 von der Prüfungsgesellschaft berechnete Gesamthonorar in Höhe von TEUR 13,1 (brutto) betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Belegschaft

Im Jahresdurchschnitt 2024 wurden 67 Personen (Vorjahr 66 Personen) beschäftigt:

	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Verwaltungsdienst	7	6
Personal der Ausbildungsstätten	<u>60</u>	<u>60</u>
	67	66
davon Teilzeitbeschäftigte	41	40

Organe der Gesellschaft

Zweckverbandsversammlung

Sie besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, dem Bezirkstagspräsidenten des Bezirks Oberbayern und 28 weiteren Verbandsräten.

Zweckverbandsausschuss

Ausschussvorsitzender:

Dr. Christian Scharpf Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (bis 28.02.2025)

Dr. Michael Kern Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (ab 01.03.2025)

stellv. Vorsitzender:

Thomas Schwarzenberger Bezirkstagspräsident

Verbandsräte:

Albert Wittmann Stadtrat, Pensionär

Stephan Ertl Stadtrat, Polizeibeamter (ab 11.04.2024)

Dr. Anton Böhm Stadtrat, Arzt

Petra Volkwein Stadträtin, Hausfrau

Patricia Klein Stadträtin, Dipl. Rechtspflegerin (bis 10.04.2024)

Dr. Michael Kern Stadtrat, Jurist (bis 28.02.2025)

Robert Schidlmeier Stadtrat, Pensionär (ab 01.03.2025)

Dr. Christoph Spaeth Stadtrat, Arzt

Hans Stachel	Stadtrat, Unternehmer
Raimund Köstler	Stadtrat, Informatiker
Ludwig Bayer	Bezirksrat, Landwirtschaftsmeister
Joachim Siebler	Bezirksrat, Berufsschullehrer

Den Mitgliedern des Zweckverbandsausschusses und der Zweckverbandsversammlung wurden Vergütungen in Höhe von TEUR 9,0 bezahlt.

Werkleitung

Dr. Andreas Tiete
Jochen Bocklet

Die Angabe der Vergütung für die Werkleitung unterbleibt unter Inanspruchnahme von § 286 Abs. 4 HGB.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Werkleitung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2024 von EUR 4.785.985,87 mit dem bestehenden Gewinnvortrag von EUR 5.557.241,95 zu verrechnen und den sich hieraus ergebenden Bilanzgewinn in Höhe von EUR 771.256,08 auf neue Rechnung vorzutragen.

Konzernverbund

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt erstellt als Muttergesellschaft einen Konzernabschluss. Dieser wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für eine Beurteilung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Ingolstadt, 31. März 2025



Jochen Bocklet
(Werkleiter)



Dr. Andreas Tiete
(Werkleiter)

Anlagenspiegel

Anlagen nachweis zum 31.12.2024												
Bilanzposition Anlagengruppen	Entwicklung der Anschaffungswerte						Entwicklung der Abschreibung					
	Anfangsstand €	Zugang €	Umbuchungen €	Abgang €	Endstand €	Anfangsstand €	Abschr. d. Ge- schäftsjahres €	Umbuchungen €	Entnahme für Abgänge €	Endstand €	Restbuchwerte Stand 31.12.24 €	Restbuchwerte Stand 31.12.23 €
A I												
Immaterielle Vermögensgegenstände												
Entgeltlich erworbene Konzessionen												
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche												
Rechte und Werte sowie Lizenzen an												
solchen Rechten und Werten												
Summe A I	355.067,98	407,87	-407,87	0,00	355.067,98	256.569,98	53.738,81	-6,81	0,00	310.301,98	44.766,00	98.498,00
A II												
1. Grundstücke und grund-	57.930.219,61	6.264,87	0,00	0,00	57.936.484,48	17.341.646,99	892.502,87	0,00	0,00	18.234.149,86	39.702.334,62	40.588.572,62
stücksgl. Rechte m. Be-												
triebsbauten, einschl. der												
Betriebsbauten auf frem-												
den Grundstücken												
2. Grundstücke und grund-	133.754,61	0,00	0,00	0,00	133.754,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	133.754,61	133.754,61
stücksgl. Rechte mit												
Wohnbauten einschl. der												
Wohnbauten auf fremden												
Grundstücken												
3. Grundstücke und grund-	51.700,10	0,00	0,00	0,00	51.700,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51.700,10	51.700,10
stücksgleiche Rechte												
ohne Bauten												
4. Technische Anlagen und	1.327.102,04	442,98	0,00	0,00	1.327.545,02	1.231.146,04	11.392,98	0,00	0,00	1.242.539,02	85.006,00	95.956,00
Maschinen												
5. Einrichtungen und Aus-	2.075.319,08	487.049,89	0,00	498.887,13	2.063.481,84	1.533.126,08	101.871,89	0,00	191.919,13	1.443.078,84	620.403,00	542.193,00
stattungen												
6. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						0,00	0,00
und Anlagen im Bau												
Summe A II	61.518.095,44	493.757,74	0,00	498.887,13	61.512.966,05	20.105.919,11	1.005.767,74	0,00	191.919,13	20.919.767,72	40.593.198,33	41.412.176,33
A III												
Finanzanlagen												
1. Beteiligung	52.183.462,75	4.693.314,22	0,00	0,00	56.876.776,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	56.876.776,97	52.183.462,75
Summe A III	52.183.462,75	4.693.314,22	0,00	0,00	56.876.776,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	56.876.776,97	52.183.462,75
Summe A I bis A III	114.056.626,17	5.187.479,83	-407,87	498.887,13	118.744.811,00	20.362.489,09	1.059.506,55	-6,81	191.919,13	21.230.069,70	97.514.741,30	93.694.137,08

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Verbandsversammlung für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Verbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei

der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im

Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbands.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 15. Juli 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

pwc digitally
signed by

Anita Botzenhardt
Wirtschaftsprüfer

pwc digitally
signed by

ppa. Alexander Ecker
Wirtschaftsprüfer





20000006472590